

## **Änderungsantrag**

der Fraktion der SPD

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung**

– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10816, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –

**Entwurf eines Gesetzes**

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013  
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 17**

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums  
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 17 02 werden bei Titel 684 14 (Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie) für das Jahr 2014 zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 22 Mio. Euro ausgebracht.

Berlin, den 19. November 2012

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**

### **Begründung**

Der Titel 684 14, „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, in Einzelplan 17 ist der wichtigste Ausgabetitel des Bundes zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention gegen Rechtsextremismus.

Die Förderprogramme gegen Rechtsextremismus laufen Ende 2013 aus. Wegen der Bundestagswahl ist mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2014 erst im Frühjahr 2014 zu rechnen. Bis dahin findet die vorläufige Haushaltsführung Anwendung. Danach sind neue Maßnahmen dann finanzierbar, wenn es sich um Rechtsansprüche oder um Verpflichtungen handelt, die bereits vor Beginn des Haushaltsjahres eingegangen worden sind. Insgesamt besteht nach dem Haushaltsentwurf aus Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre und übertragbaren Ausgaben für 2014 bisher lediglich ein Bewilligungsrahmen in Höhe von rund 7,5 Mio. Euro. Damit ist die Förderung von Maßnahmen zur Stärkung von Viel-

falt, Toleranz und Demokratie, die ein Gesamtvolumen von 29 Mio. Euro umfasst, im Jahr 2014 in einem Umfang von 74 Prozent gefährdet. Um die bruchlose Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus sicherzustellen, sollen im Bundeshaushalt 2013 für das Jahr 2014 zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in einem Umfang von 22 Mio. Euro ausgebracht werden.

Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für 2014 dient der Umsetzung des überfraktionell gefassten Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 22. November 2011 (Bundestagsdrucksache 17/7771), in welchem sich alle Fraktionen des Deutschen Bundestages dazu bekannt haben, die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen.